

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 96 848-48 pbbn d



## Inhalt

Bundestagsvizepräsident  
Hermann Schmitt-Vocken-  
hausen erinnert an den  
15. Jahrestag der Er-  
öffnung des Zweiten Vati-  
kanischen Konzils

Seite 1/2

Dietrich Sperling MdB  
dokumentiert die Spal-  
tung der CDU in der Pro-  
grammatik

Seite 3

SPD-Fraktionssprecher  
Knut Terjung zur Dis-  
kussion um die Abstimmung  
über das Kontaktsperren-  
Gesetz

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 106-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 195 /

11. Oktober 1977

Die Kraft des Konzils ist nicht erloschen

-----  
Vor 15 Jahren wurde das Zweite Vatikanische Konzil eröffnet

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Am 11. Oktober 1962, also heute vor 15 Jahren wurde in Rom durch Papst Johannes XXIII. das Zweite Vatikanische Konzil eröffnet. Die Aufgabe des Konzils beschrieb der Papst in seiner Eröffnungsansprache so: "Doch ist es nicht unsere Aufgabe, diesen kostbaren Schatz (des Erbes christlicher Tradition) so zu bewahren, als würden wir uns einzig und allein für das interessieren, was alt ist, sondern wir wollen jetzt freudig und furchtlos an das Werk gehen, das unsere Zeit erfordert und den Weg fortsetzen, den die Kirche seit 20 Jahrhunderten zurückgelegt hat."

Niemand, der die Situation der Katholischen Kirche vor dem Konzil kannte, hatte mit einem so weitreichenden und konsequenten Aufbruch in die Gegenwart mit ihrer weltanschaulichen, gesellschaftlichen und politischen Pluralität aber auch mit ihren vielfältigen Problemen gerechnet, wie ihn das Zweite Vatikanische Konzil bewirkte. Die mehr als drei Jahre dauernden Beratungen des Konzils wurden in einem heute kaum mehr vorstellbaren Maß von dem Interesse und den Erwartungen einer weltweiten Öffentlichkeit verfolgt, weit über den Bereich katholischen oder christlichen Lebens hinaus. Es bekundete sich darin eine Hoffnung vieler Menschen auf ein orientierendes Wort der Kirche. Diese Erwartung dürfte nicht ohne ermutigenden Einfluß auf die Väter des Konzils gewesen sein.

Heute sind viele in der Gefahr, nur den Rückschlag zu sehen,

der die Anstöße und Ansätze des Konzils im inneren wie im öffentlichen Wirken der Kirche zurückzunehmen scheint. In der Tat ist die euphorische Welle struktureller Reformen, liturgischer Neuerungen und theologischer Infragestellung verebbt; vielfach macht sich auch innerhalb der Kirche Resignation breit. Wer aber realistisch bedenkt, von welchem Ausgangspunkt das Konzil seine Arbeit beginnen mußte, der vermag auch heute noch nicht seine Bewunderung zu versagen sowohl den erarbeiteten Dokumenten des Konzils, als auch den davon ausgehenden Erneuerungen kirchlichen Lebens und kirchlichen Bewußtseins.

Als ein Beispiel einer tief ins Bewußtsein der Menschen eingreifenden Veränderung soll die Einstellung der Ökumene gegenüber genannt werden. Bis in die Gemeinden und in das Bewußtsein einzelner Menschen hinein ist ein Klima der Offenheit, des Respekts und der religiösen Anerkennung gegenüber den anderen Konfessionen bewirkt worden. Wer die Schwerfälligkeit traditionsgebundener Institutionen kennt, den wundert nicht, daß so tiefgreifende Veränderungen Widerspruch und Gegenkräfte herausfordern.

Es spricht für Klugheit und Menschenfreundlichkeit, daß die Kirche heute so einschneidende Eingriffe in Lebens- und Denkgewohnheiten von Menschen in einen langsamen Vermittlungsprozeß einzubeziehen sucht. Es gilt, die wichtigsten Errungenschaften des Konzils, nämlich die Aussagen zur Religions- und Gewissensfreiheit nicht uminterpretieren bzw. in ihrer Legitimität anfechten zu lassen.

Der oft mißverstandene zweite Papst des Konzils, Paul VI., bekundet sich in der Kontorverse mit dem Erzbischof Lefèvre und seinen Anhängern als konsequenter Sachwalter des Konzils. Nahezu ausnahmslos haben die Bischöfe, deren Repräsentanz zur Zeit in der römischen Bischofssynode versammelt ist, an ihrer Loyalität dem Konzil gegenüber nie einen Zweifel gelassen. Beim Blick auf Anstrengungen und Aktivitäten von Kräften aus dem katholischen Bereich, gerade auch außerhalb der Bundesrepublik, gibt es gute Anzeichen dafür, daß die Kraft, mit der das Konzil begonnen wurde, auch heute noch den Weg der Kirche zu den Menschen in der Welt von heute zu bestimmen vermag.

(-/11.10.1977/hi/hys)

+ + +

Die Spaltung der CDU  
-----

Am ersten Versuch einer Grundsatzdiskussion gescheitert

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Das Programm der CDU in Berlin hat bemerkenswerte Ergebnisse hervorgebracht. Der erste Versuch dieser Partei, eine offene Grundsatzdiskussion durchzuführen hat zu dem geführt, was die CDU den Sozialdemokraten immer gerne möchte vorwerfen können: Eine tiefgehende Spaltung. Wie tief der Riß durch die CDU (auch ohne die CSU) bereits im Programmatischen geht, läßt sich klar dokumentieren.

Kurt Biedenkopf hat die Wahlkampfparole seiner Partei "Freiheit statt Sozialismus" innerparteilich eingesetzt und den Autoren des Grundsatzprogrammentwurfes vorgeworfen, an den Grundfesten der CDU-Auffassung von Marktwirtschaft zu rütteln. Biedenkopf: "Ein Vergleich des Abschnittes soziale Wirtschaftsordnung im Entwurf des Grundsatzprogramms mit den Aussagen zur politischen Gestaltung der Wirtschaftsordnung im Berliner Programm offenbart eine tiefgreifende Veränderung in Grundfragen der Wirtschaftspolitik. Diese Veränderung läßt sich vereinfacht beschreiben, als eine zunehmende Betonung verteilungspolitischer und versorgungsorientierter Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik auf Kosten freiheitlicher Aufgabenstellungen."

"Von Sicherung der Freiheit, eigener Verantwortung und Selbständigkeit als primärem Ziel staatlicher Ordnungspolitik ist nicht die Rede. Das Postulat der Freiheit wird im Grundsatzprogramm nur noch isoliert und politisch gewissermaßen unverbindlich behandelt." "Die Freiheitsverwirklichung war bisher Ziel unseres politischen Handelns, dieser ordnungspolitische Rahmen ist im Entwurf des Grundsatzprogrammes nicht mehr erkennbar. Freiheit und eigene Verantwortung des Einzelnen laufen Gefahr, nicht mehr selbst Ziel zu sein, sondern nur noch den Zielen Wohlstandsmehrung und sozialer Versorgung zu dienen."

Kommentar der Sozialausschüsse (Vogt): "Die Rede von Kurt Biedenkopf hat dargelegt, daß die Übereinstimmung in der Partei, was Grundlage der sozialen Marktwirtschaft ist, zumindest fragwürdig geworden ist."

Blum kontert Biedenkopf: "Ich kann Ihnen versichern, in der Theorie unseres Programmes kommt der Markt öfter vor als in der Praxis der Stahlindustrie, der Textilindustrie, der Ölindustrie... Die 15.000 mittelständischen Unternehmen, die zugemacht haben, die haben nicht zugemacht, weil die Sozialpolitik ausgefertigt ist, sondern wir haben es mit einer fusions- und konzentrationshungrigen Wirtschaft zu tun..."

"Und zu den Mitteln der Marktwirtschaft gehört für mich die Arbeitszeitverkürzung, die galt zu Erhards Zeiten, zu Adenauers Zeiten und ich kann nicht einsehen, was zur damaligen Zeit marktwirtschaftskonform war, soll heute Sozialismus sein." Dem ist wenig hinzuzufügen.

Die CDU bleibt weiter eine Opposition ohne Alternative, weil sie bereits im Programmatischen aus zu vielen inneren, unvereinbaren Alternativen keine echte nach außen bieten kann.

(-/11.10.1977/va-he/hgs)

Von der Schwierigkeit einen politischen Vorgang zu beschreiben

---

Von Knut Terjung

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die "Story" ist mit einem Sammelsurium (zeitungs-) marktgängiger Worthülsen kurz erzählt: Der "Macher" habe ein "Eilgesetz" vorgegeben - der "Zuchtmeister" habe es, wenn auch die Abgeordneten "mit Engelszungen" bearbeitend, "durchgepeitscht" - "Abweichler", "Dissidenten" hätten aber dagegen "rebelliert" - daher gebe es jetzt "Briefkrieg in der SPD-Fraktion" - der "Zuchtmeister" werde sich die "Abtrünnigen" "vorknöpfen" - schon jetzt aber habe einer von "17 und 4" "einen Onkel verloren, aber viele Neffen und Nichten gewonnen". So liest es sich ganz simpel.

Zugestanden, die sorgfältig gewählten Worte und der nicht bei allzu flüchtigem Hin- hören zu begreifende Satzbau Herbert Wehners in der SPD-Fraktionssitzung vom 29. September tun sich schwerer, sind weniger "gefällig": Kommuniqué vom selben Tag: "Nach einer gründlichen Diskussion innerhalb der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz dankte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, allen Fraktionsmitgliedern, "die diese Diskussion möglich gemacht haben, so schwer sie für alle - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - gewesen ist". Er dankte auch dem Bundesminister der Justiz und allen Mitarbeitern des Ministeriums als auch der Fraktion, die dabei geholfen haben.

Wehner erklärte: "Als Mitglied des Deutschen Bundestages halte ich mich und erinnere ich mich an den Artikel 38 des Grundgesetzes, der da lautet: 'Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.' Das gilt für jeden und für jede.

Als Mitglied der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bundestag und als deren Vorsitzender erlaube ich mir noch folgendes zu sagen: Wenn die Durchsetzung und Annahme eines Gesetzentwurfes, für den sich die Mehrheit der Mitglieder der Fraktion einsetzt, durch das Verhalten einer Minderheit der Fraktion unmöglich wird oder die Annahme des Gesetzentwurfes nur infolge der Zustimmung der Abgeordneten anderer Fraktionen möglich wird, dann muß die Minderheit der Fraktion sich die Frage stellen lassen, wie sie es verantworten will, die Mehrheit der Fraktion zur Wirkungslosigkeit zu nötigen oder ihr - weil die Mehrheit nicht den Bankrott sozialdemokratischer Parlaments- und Regierungsarbeit erklären will - vorzuwerfen, sie stimme zusammen mit Abgeordneten anderer Fraktionen anders als eine Minderheit der Fraktion."

Dieser sich in zwei Teile gliedernden Auffassung hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion - am Ende seiner Erwiderung auf die Rede des Oppositionsführers Helmut Kohl - vor dem Deutschen Bundestag u.a. hinzugefügt: "Wir haben nichts zu vertuschen. Es wird noch die Zeit kommen, meine verehrten innenpolitischen Gegner, da werden Sie auch vergeblich versuchen, etwas zu vertuschen. Wir jedenfalls ringen hier miteinander, und die große Mehrheit der Fraktion weiß was sie der Bundesrepublik Deutschland, unserem Gemeinwesen schuldig ist."

Durch Nachlesen der in vielen Zeitungen wörtlich abgedruckten Rede konnten sich viele ein eigenes Bild von der Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden machen. Daß das Problem, das sich mit dem Abstimmungsverhalten zum sogenannten Kontaktsperre-Gesetz stellt, hernach von den Medien mit knappen Formeln abgehandelt wurde, liegt auf der

Hand: Journalisten haben die Aufgabe, komplizierte, vielschichtige politische Vorgänge allgemeinverständlich einsehbar zu machen, auf relativ kurzen Nenner zu bringen und - in Kommentaren - zu interpretieren.

Ob die oben erwähnten Stempel und Etiketten einer breiten Öffentlichkeit allerdings helfen, die Vielschichtigkeit dieses politischen Vorgangs zu begreifen, darf wohl bezweifelt werden. Die nicht einmal orginelle Apostrophierung Herbert Wehners als ein Gesetz "einpeitschender Zuchtmeister" beispielsweise verkennt - oder leugnet gar - die Tatsache, daß in der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vor der entscheidenden Abstimmung mit allen nur denkbaren Argumenten nüchtern und sachlich aufeinander hörend und eingehend, demokratisch gerungen worden ist und daß am Ende dieses gründlichen Diskussionsprozesses in der SPD-Fraktion die große Mehrheit der Fraktion überzeugt war, es unserem Gemeinwesen schuldig zu sein, für das Gesetz zu stimmen. Wes (un-) demokratischen Geistes Kind - diese Frage sollte doch dann erlaubt sein - muß wohl jemand sein, der das Parlament in seiner Wortwahl bewußt oder unbewußt zur Abstimmungsmaschinerie degradiert, indem er Begriffe wie "durchpeitschen" und "Zuchtmeister" sadistischem Gedankengut entlehnt? Worum es jedem geht, der an die Spitze einer Fraktion gewählt wurde, ist das Eintreten für die erforderliche Disziplin und die Solidarität, die eine Fraktion braucht, um handlungsfähig zu sein. Bundestagspräsident Gerstenmaier hat dazu bei der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 17. Oktober 1961 ausgeführt:

"Eine Fraktion, die sich nur zur leidlich einheitlichen Willensbildung durchringen kann, nützt auch dem Hause nicht viel. Und ein Parlament, das keine ausreichenden Mehrheiten zu bilden vermag, ist handlungsunfähig. Die parlamentarische Demokratie ist daher darauf angewiesen, daß in ihr nicht nur die Loyalität gegenüber dem eigenen Gewissen respektiert wird, wie es der Artikel 38 des Grundgesetzes verlangt, sondern daß eben auch die Loyalität gegenüber der eigenen Aktionsgemeinschaft in Kraft und Geltung steht. Denn ohne sie wird jene Konzentration des Willens schwerlich bewirkt werden, die zur Bildung ausreichender parlamentarischer Mehrheiten und damit zum Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie nun einmal erforderlich ist."

Ähnliche Auffassung hat Herbert Wehner jetzt aus gegebenem Anlaß bekundet. Wenn einige Zeitungen seine eindeutige Gesamtaussage verdrehen, indem sie beispielsweise berichten: "Der Fraktionsvorsitzende Wehner verschärfte die Lage, indem er den 'Dissidenten' seiner Fraktion indirekt vorhielt, sie wüßten nicht, 'was sie der Bundesrepublik, unserem Gemeinwesen schuldig' seien", handeln sie nicht korrekt. Solche Verzerrungen tragen nicht dazu bei, einen vielschichtigen politischen Vorgang sachlich zu vermitteln, einen Vorgang, mit dem sich alle Mitglieder der SPD-Fraktion mit dem gebotenen Ernst und in aller Ruhe noch beschäftigen werden.

(-/11.10.1977/h1/ja)

+

+

+